

Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen

LUCIUS
LUCIUS



25 Jahre

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

Dieter Rucht

Demokratie ohne Protest?

Demokratie ohne Protest? Zur Wirkungsgeschichte sozialer Bewegungen. Bilanzen und Ausblicke

Dieter Rucht

Vorbemerkung

Ich fühle mich hin- und hergerissen zwischen dem im Programm [zur 25-Jahr-Feier des Forschungsjournals] ausgewiesenen Thema dieses abendlichen Veranstaltungsblocks [Demokratiekrise oder Partizipations-Boom? Befunde, Ideen, Optionen, die Red.] und den fünf Leitfragen, die mir vorab zugeschickt wurden. Beide Aspekte kommen nur teilweise zur Deckung. Um mir nun nicht eine doppelte Aufgabe in knapper Vortragszeit aufzuladen, will ich auf die allgemeine Thematik „Demokratie ohne Protest?“ nur mit einer These eingehen, um dann die mir gestellten Leitfragen zu behandeln.

1 Demokratie ohne Protest?

Die Antwort auf die Frage „Demokratie ohne Protest?“ ist glasklar:

Es gäbe keine Demokratie ohne Protest. Und es gibt in der Gegenwart - und vermutlich auch in der Zukunft - keine Demokratie ohne Protest.

Das klingt apodiktisch und plakativ. Ich meine allerdings, dass diese These sowohl im langen historischen Rückblick als auch für die Zeitgeschichte und Gegenwart empirisch untermauert werden kann.

Historisch gesehen lautet meine Behauptung: Alle wesentlichen Errungenschaften, die wir mit Demokratie verbinden, also Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen, Gewaltenteilung inklusive parlamentarische Kontrolle der Regierung, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, Bürger- und Volksentscheide - all dies verdanken wir im wesentlichen Protesten und sozialen Bewegungen der Vergangenheit. Nichts davon wurde den Menschen einfach geschenkt. Es wurde errungen und erkämpft. Von Sonderfällen wie dem einer von außen aufgezwungenen Demokratie sehe ich hier ab. Soweit zum Blick zurück.

Zur Gegenwart: Wenn all diese demokratischen Elemente in unserem politischen System und institutionell ähnlichen Systemen mehr oder weniger vorhanden sind, so läge doch die Annahme nahe, es gäbe gar keinen Grund mehr für Protest. Warum kommt es in allen gegenwärtigen Demokratien zu Protest? Die Antwort: Weil diese Demokratie unvollkommen ist, weil nach wie vor eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft, weil sich die Ansprüche an Demokratie weiter entwickeln, weil anhaltende Interessengegensätze bestehen und man es nicht allen Recht machen kann, weil auch demokratisch gewählte Repräsentanten fehlbar sind, Sachverhalte falsch einschätzen, Eigeninteressen haben, für Pressionen oder gar Korruption anfällig sind, weil antidemokratische und antisolidarische Stimmungen und Aktivitäten nach wie vor bestehen. Trotz aller Vorkehrungen zur Repräsentation von Interessen, zur Artikulation, Kanalisierung, Institutionalisierung und Dämpfung von Konflikten gibt es keinen Grund zu der Annahme, Proteste und soziale Bewegungen würden sich künftig erübrigen, ganz zu schweigen von der fortdauernden Existenz autoritärer und diktatorischer Regime, die Gründe für Protest liefern.

2 Antworten auf Leitfragen

1. *Wie bewerten Sie das Spannungsfeld zwischen Protest und Partizipation?*

Da Protest in meinen Augen eine Variante von Partizipation ist, muss die Frage wohl umformuliert werden: Wie steht es um das Spannungsfeld zwischen protestförmiger Partizipation und anderen Formen der Partizipation?

Die meisten politisch Aktiven sehen keinen Gegensatz von Protest und anderen Formen politischer Partizipation. Das ist ein seit der *Political Action*-Studie von 1979 immer wieder bestätigter Befund der empirischen Sozialforschung. Unsere Befragung der Demonstrierenden gegen das Projekt Stuttgart 21 vom Oktober 2010 zeigt sogar, dass die Demonstrierenden zu einem höheren Prozentsatz als der Bevölkerungsdurchschnitt sich an Wahlen beteiligt haben und auch an kommenden Wahlen beteiligen wollen. Es gibt allerdings einen kleinen Anteil von in Protestgruppen und Bewegungen engagierten Menschen, die sich von Wahlen ganz abgewandt haben. Diese Menschen sehen in Wahlen lediglich ein Instrument der werbetechnisch beschafften Akklamation für Eliten bzw. den Austausch von Eliten; sie vermissen konkrete inhaltliche Einflussmöglichkeiten im Akt der Wahl und/oder wollen sich nicht mehr damit abfinden, unter den vorhandenen Parteien jeweils das kleinste Übel zu wählen.

2. *Gibt es ein „Mehr“ an Partizipation als Folge von Protest?*

Ignoriert man die allfälligen Schwankungen und betrachtet durchschnittliche Entwicklungen über längere Zeiträume, so gibt es vermutlich mehr Partizipation als Folge - und ich setze hinzu - als Begleiterscheinung von Protest. Wer protestiert, hat oft schon andere Möglichkeiten der politischen Beteiligung erfolglos ausgeschöpft oder flankiert diese mit dem Protest. Dass die Wahlbeteiligung in vielen Ländern in den letzten zwei, drei Jahrzehnten abgenommen hat, ist wohl keine Folge von Protest, sondern Ergebnis anderer Faktoren und Entwicklungen.

3. *Welchen Einfluss hat die Online-Kommunikation auf die Intensität und die Wirkung von Protesten?*

Die Wirkung von Online-Protesten wird von vielen Aktivisten und vor allem Journalisten überschätzt. Auch erscheint mir die Rede von Facebook-Revolutionen völlig überzogen. Vermutlich hatte die Online-Kommunikation bislang im Gesamtbild nicht den Effekt, die Beteiligung an Offline-Protesten, also zumeist Straßenprotesten, zu erhöhen. Mit der zunehmenden Verbreiterung und Intensivierung der Instrumente des Internet ging seit Ende der 1990er Jahre eine sinkende und dann stagnierende Protestbeteiligung in Deutschland einher. Erst seit etwa 2010 dürfte die Protestbeteiligung wieder angewachsen sein, aber erreichte auch dann nicht die Spitzenwerte der Vergangenheit. Allerdings hat die Online-Kommunikation vermutlich die Zahl und den Umfang von Petitionen und Unterschriftensammlungen erhöht sowie zu einer weitaus rascher und unkalkulierbarer verlaufenden Protestmobilisierung (Online wie Offline) geführt. Erleichtert und beschleunigt wurde auch die grenzüberschreitende Mobilisierung für Protest.

4. Welche Faktoren begünstigen oder behindern die Protestkultur heute?

Begünstigend wirken insbesondere

- der gestiegene Bildungsgrad und das gewachsene bürgerschaftliche Selbstbewusstsein
- die Entstigmatisierung und „Normalisierung“ von Protest
- die gesunkenen Transaktionskosten beim Aufbau von Netzwerken und der Organisation von Protest
- die Professionalisierung der Protestmobilisierung einschließlich der PR-Arbeit
- das gesunkene Vertrauen in die „politische Klasse“ und die Weisheit von Experten

Hinderlich wirken insbesondere

- das Gefühl der politischen Ohnmacht vor allem bei bildungsferneren Gruppen
- soziale Vereinzelung
- Selbstzuschreibungen von Schuld, Versagen etc.
- Misserfolge in der Vergangenheit
- teilweise fehlende Unterstützung von ressourcenstarken Akteuren (Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände, Parteien...)
- mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten in manchen, insbesondere großen und hierarchischen Bewegungsorganisationen
- die Delegation von Engagement an dafür „zuständige“ Personen und Gruppen
- Scheckbuchaktivismus und clicktivism als Ersatz für aufwändiges Engagement
- professionelle Gegenstrategien (Kanalisation, Spaltung, Diskreditierung und Kriminalisierung von Protest)
- die wachsende Komplexität mancher politischer Fragen
- Naivität im Umgang mit Medien und Großorganisationen

5. Wie haben sich soziale Bewegungen in den vergangenen drei Jahrzehnten verändert?

Proteste wurden

- in thematischer Hinsicht kleinteiliger und spezialisierter
- in sozio-demographischer Hinsicht sozial breiter, mehr Altersgenerationen einschließend, weniger männlich dominiert
- mit Blick auf die organisatorischen Träger informeller und netzwerkförmiger
- im Hinblick auf Ressourcenbeschaffung und Mobilisierungstechniken professioneller
- mit Blick auf die Formen und Taktiken des Protests variabler, kombinationsreicher und stärker spaßorientiert, mehr medienorientiert

Zwischen den Protestwellen der ApO der 1960er Jahre, den neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren und den globalisierungskritischen Protesten seit den 1990er Jahren gibt es deutliche Kontinuitätslinien, aber auch einige Brüche. Die gravierendste Veränderung im deutschen Protestsektor der letzten drei Jahrzehnte ist der Aufstieg eines selbstbewussten und militanten Rechtsradikalismus und darauf bezogener Gegenbewegungen.

3 Zurück zum Anfang

Ich komme abschließend zurück auf meine Eingangsthese zu den historischen Errungenschaften von Protest für Demokratie. Aus der Einsicht, dass diese Errungenschaften mit großem Mut und unter großen Opfern erkämpft worden sind, erwächst uns die Verpflichtung, sie zu bewahren, weiter zu entwickeln und anderen dabei zu helfen, sie ebenfalls zu realisieren. Damit ist auf den ersten Blick „nur“ die demokratische Frage, aber nicht die soziale Frage angesprochen. Ich glaube aber, dass zwischen beiden Fragen ein enger innerer Zusammenhang besteht - zumindest wenn Demokratie nicht nur als Herrschaftstechnik, sondern auch als Lebensform verstanden wird.

Prof. Dr. Dieter Rucht ist ehemaliger Ko-Leiter der Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er ist seit 2002 Mitglied des Beirats des Forschungsjournals.